



NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 29. März 2017

Badische Presse

72. Jahrgang · Nr. 74 · Ausgabe Karlsruhe

Mittwoch, 29. März 2017

KARLSRUHE / SERVICE

Ausgabe Nr. 74 – Seite 20

BNN – In einem Schreiben an den Ersten Bürgermeister Wolfram Jäger fordert die SPD-Fraktion den Dezernenten auf, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um den Neonazi-Aufmarsch am 3. Juni in Durlach zu verbieten. Aufgrund Jägers Zuständigkeit für öffentliche Sicherheit und Ordnung sei er, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Parsa Marvi, der richtige Adressat für

SPD fordert Demo-Verbot Bürgermeister soll rechtliche Möglichkeiten ausloten

die kürzlich geäußerte Besorgnis von CDU und Freien Wählern sowie die Umsetzung des Verbots. Sollte er an der Durchsetzung wegen Gefahr für die

öffentliche Sicherheit scheitern, so könne er laut SPD bestimmt ein Sicherheitskonzept vorlegen, das deren Ängste zerstreut. Da am selben Tag in

der Innenstadt der Christopher Street Day stattfindet, ist die Demo nunmehr für Durlach angekündigt. „Wir sind uns angesichts der jüngsten Vergangenheit bewusst, wie hoch die Hürden für ein Demonstrationsverbot sind, wollen aber dennoch nichts unversucht lassen, eine Nazigrößdemonstration am 3. Juni zu verhindern“, betonte Fraktionschef Marvi in seinem Schreiben.

Originalquelle



<http://www.spd-fraktion-karlsruhe.de/meldungen/41707/221597/SPD-fragt-nach-Moeglichkeiten-eines-Nazi-Demonstrationsverbots-am-3-Juni.html>

SPD fragt nach Möglichkeiten eines Nazi-Demonstrationsverbots am 3. Juni

Brief an Ersten Bürgermeister

In einem Schreiben an Ersten Bürgermeister Wolfram Jäger fordert die SPD-Fraktion den Dezernenten auf, doch alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um den Nazi-Aufmarsch am 3. Juni in Durlach zu verbieten.

"Wir sind uns angesichts der jüngsten Vergangenheit bewusst, wie hoch die Hürden für ein Demonstrationsverbot sind, wollen aber dennoch nichts unversucht lassen, eine Nazigrößdemonstration am 3. Juni zu verhindern", betont Fraktionschef Parsa Marvi.

Für die kürzlich geäußerte Besorgnis von CDU und Freien Wählern bezüglich der Sicherheit in Durlach sei doch Erster Bürgermeister Jäger in Zusammenarbeit mit dem Stadtamt Durlach zuständigkeitshalber der richtige Adressat.

Sollte er an der Durchsetzung eines Verbots wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit/Ordnung scheitern, so könne er bestimmt zumindest ein griffiges Sicherheitskonzept vorlegen, dass die Ängste seiner CDU-Kollegen zerstreut.